

Beilage:
Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften

Inhalt

| | |
|--|------------|
| 1. Einstieg | 150 |
| 2. Analytischer Teil | 151 |
| 2.1 Arten von Zahlungsströmen zwischen den Gebietskörperschaften | 151 |
| 2.2 Gliederung der Zahlungsströme nach Budget-Kapiteln | 151 |
| 2.3 Aufteilung der Zahlungsströme | 153 |
| 2.4 Haushaltskoordinierung | 157 |
| 3. Tabellenteil | 158 |
| 4. Technischer Teil | 168 |
| 4.1 Abgabenarten | 168 |
| 4.2 Anteile des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der Europäischen Union an den Abgaben | 169 |
| 4.3 Verbuchung der Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften im Bundesbudget | 170 |

1. Einstieg

Die Gebietskörperschaften in Österreich sind durch vielfältige Zahlungsströme miteinander verbunden. Im Jahr 2006 werden rd. 23,2 Mrd. € vom Bund an Länder und Gemeinden und 0,08 Mrd. € in die entgegengesetzte Richtung fließen. Im Verhältnis zum BIP erreichen die Zahlungen des Bundes rd. 9%. Die einseitige Richtung dieser Zahlungsströme – hauptsächlich vom Bund an die Länder und die Gemeinden – ist wesentlich dadurch bestimmt, dass die Abgaben überwiegend beim Bund eingehoben werden.

Der Rahmen für die finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften wird in der Finanzverfassung zu Grunde gelegt. Die Ausgestaltung erfolgt primär im Rahmen des Finanzausgleiches. Die Zahlungen erfolgen in Form von Anteilen an öffentlichen Abgaben, die der Bund einhebt, von Finanzausweisungen (z. B. der Bedarfszuweisung des Bundes an die Länder zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt), von Zweckzuschüssen (z. B. dem Investitionsbeitrag für Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur) oder in Form von Kostenübernahmen (z. B. der Ersatz der Kosten der Landeslehrer). Diese letzte Form bildet eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass alle Gebietskörperschaften grundsätzlich ihren Aufwand selbst zu tragen haben.

Über diese Zahlungsströme hinaus erfordert eine solide gesamtstaatliche Finanzpolitik eine Haushaltskoordination zwischen den Gebietskörperschaften. Insbesondere in Hinblick auf die EU-rechtlichen Verpflichtungen Österreichs wurde der innerösterreichische Stabilitätspakt zwischen dem Bund, den Ländern, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund geschlossen. Der ebenso vereinbarte Konsultationsmechanismus stellt sicher, dass außerhalb der im Rahmen des Finanzausgleiches vereinbarten Kostentragungen keine Kostenüberwälzungen im Rahmen der jeweils eigenständigen Gesetzgebungskompetenz der Gebietskörperschaften möglich sind.

2. Analytischer Teil

2.1 Arten von Zahlungsströmen zwischen den Gebietskörperschaften

Bei weitem nicht alle Einnahmen des Bundes aus Abgaben verbleiben auch beim Bund. Von rd. 62,6 Mrd. € an im BVA 2006 veranschlagten Gesamteinnahmen überweist der Bund an die Länder rd. 16,4 Mrd. € und an die Gemeinden rd. 6,8 Mrd. €, somit insgesamt rd. 23,2 Mrd. €.

Diese Überweisungen erfolgen zum einen in der Form von Ertragsanteilen (13,7 Mrd. €), zum anderen in Form von so genannten Transfers (9,5 Mrd. €).

2.1.1 Ertragsanteile

Unter Ertragsanteilen versteht man jenen Teil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, der auf die Länder und Gemeinden aufgeteilt wird. Das Volumen beträgt lt. BVA 2006 13.728 Mio. €. Davon erhalten die Länder 7.263 Mio. €, die Gemeinden 6.465 Mio. €.

2.1.2 Transfers

Zusätzlich zu den Ertragsanteilen erhalten Länder und Gemeinden bedeutende Summen aus dem Bundesbudget, lt. BVA 2006 9.508 Mio. €. Diese Transfers können in Form von Zweckzuschüssen, von Finanzausweisungen sowie als Kostenübernahmen oder -abwälzungen auftreten:

- Der Bund kann Zweckzuschüsse zur Bewältigung einer bestimmten Aufgabe bzw. zur Erreichung eines gewissen Zieles gewähren, wobei für diese Zuschüsse regelmäßig Verwendungsnachweise erbracht werden müssen. Beispielsweise gewährt der Bund den Ländern einen Investitionsbeitrag für Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur iHv 1.780,5 Mio. € jährlich. Daraus finanzieren die Länder u. a. die Wohnbauförderung.
- Im Gegensatz dazu können Finanzausweisungen grundsätzlich von Ländern und Gemeinden frei verwendet werden. Ein Beispiel dafür ist die Finanzausweisung des Bundes an die Länder zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt iHv 920 Mio. € lt. BVA 2006. Diese Finanzausweisung trägt bei, dass die Länder die im Österreichischen Stabilitätspakt vereinbarten Haushaltsüberschüsse erzielen können.
- Kostenübernahmen und -abwälzungen bilden eine Ausnahme vom Grundsatz, dass alle Gebietskörperschaften ihren Aufwand selbst zu tragen haben. Das budgetär bedeutendste Beispiel stellt die Übernahme der Kosten für die von den Ländern beschäftigten Lehrer (Landeslehrer) durch den Bund dar. Im Jahr 2006 werden die Länder allein aus diesem Grund rd. 3.687 Mio. € aus dem Bundesbudget erhalten.

2.2 Gliederung der Zahlungsströme nach Budget-Kapiteln

Zahlungen des Bundes aus den Einnahmen an öffentlichen Abgaben an Länder und Gemeinden lt. BVA 2006

| Kapitel | in Mio. € | Erläuterungen |
|------------------------|------------|--|
| 52 Öffentliche Abgaben | 14.458,309 | Ertragsanteile, Förderungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetz |

Zahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden

| Kapitel | in Mio. € | Erläuterungen |
|--|------------------|---|
| 10 Bundeskanzleramt | 4,622 | Zahlungen für Landeshauptleute, Transferzahlungen der EU im Rahmen des europäischen Regionalfonds, Förderungen für Sportinfrastruktur |
| 11 Inneres | 87,058 | Überweisungen für Zivilschutz, Asyl- und Fremdenwesen, Kostenersätze für Aufwendungen |
| 12 Bildung und Kultur | 2.690,856 | Kostenersatz an Länder für Landeslehrer, Förderungen an Museen, Förderungen für nicht in Bundeseigentum stehende Denkmale (Bewahrung vor dem Verfall), Förderungen für allg. pädagogische Erfordernisse, Erwachsenenbildung |
| 13 Kunst | 0,128 | Förderungen für Kunst |
| 14 Wissenschaft | 199,390 | Klinischer Mehraufwand, Förderung von hochschulischen und wissenschaftlichen Einrichtungen |
| 15 Soziale Sicherheit | 1,055 | Maßnahmen für Behinderte, Aufwendungen für Heilfürsorge |
| 17 Gesundheit und Frauen | 412,885 | Zweckzuschüsse zur Krankenanstaltenfinanzierung, Aufwendungen für die Bekämpfung von Suchtmittelmissbrauch, Förderungen für Veterinärwesen und Lebensmittelangelegenheiten, Aufwendungen nach dem Tuberkulosegesetz |
| 19 Familie, Generationen und Konsumentenschutz | 0,766 | Förderung von Familienberatungsstellen und außerschulischer Jugenderziehung |
| 30 Justiz | 0,023 | Bezugsrefundierungen an Länder für Beschäftigte in Justizanstalten |
| 50 Finanzverwaltung | 0,761 | Kostenersätze für Hilfskräfte der Bodenschätzung |
| 53 Finanzausgleich | 4.142,024 | Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs-, Zweckzuschuss- und Katastrophenfondsgesetzes |
| 55 Pensionen | 975,230 | Ersätze für Pensionen der Landeslehrer |
| 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft | 97,795 | Kostenersatz an Länder für Landeslehrer, Agrarische Strukturförderung, Aufwendungen für Lehr- und Versuchsanstalten, Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens, Zuschüsse für Schutzwasser- und Lawinenverbauung |
| 61 Umwelt | 1,016 | Aufwendungen für Ersatzvornahmen, Altlastensanierung und Strahlenschutz |
| 63 Wirtschaft und Arbeit | 19,014 | Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insb. im Zusammenhang mit dem Equal-Projekt der EU |
| 65 Verkehr, Innovation und Technologie | 155,539 | Aufwendungen für den öffentlichen Personennahverkehr und für den Bundesbeitrag für die Wiener U-Bahn, Förderungen von Innovationen und strukturpolitischen Maßnahmen sowie gem. Wasserbautenförderungsgesetz und Katastrophenfondsgesetzes, Aufwendungen für den österr. Verkehrssicherheitsfonds |
| | 0,005 | Summe der Kapitel 02 und 51 |
| Summe | 8.788,167 | |

Zahlungen von Ländern und Gemeinden an den Bund

| Kapitel | in Mio. € | Erläuterungen |
|---|---------------|---|
| 11 Inneres | 13,959 | Kostensätze gem. Zivildienstgesetz, für Asyl- und Fremdenwesen und für Sicherheitsaufgaben |
| 12 Bildung und Kultur | 16,530 | Personalkostensätze für Schulaufsichtsbehörden, Allgemeinbildende und berufsbildende Hochschulen und pädagogische Akademien |
| 14 Wissenschaft | 3,561 | Zahlungen für Universitäten |
| 15 Soziale Sicherheit | 2,101 | Zahlungen für das Bundessozialamt, Beihilfen nach Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz |
| 19 Familie, Generationen und Konsumentenschutz | 12,525 | Zahlungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen |
| 30 Justiz | 8,557 | Beiträge der Länder zu den Kosten der Behandlung von Häftlingen in öffentlichen Krankenanstalten |
| 40 Militärische Angelegenheiten | 0,027 | Beiträge für Heer und Heeresverwaltung |
| 50 Finanzverwaltung | 1,940 | Gewerbesteuerzuschlag der Gemeinden |
| 54 Bundesvermögen | 14,751 | Kostenbeitrag der Gemeinde Wien zum Internationalen Amtssitzzentrum |
| 55 Pensionen | 1,257 | Zahlungen für Pensionsbeiträge |
| | 0,021 | Summe der Kapitel 03, 20, 60, 63, 65 |
| Summe | 75,229 | |

2.3 Aufteilung der Zahlungsströme

Die von den Steuerzahlern an die Gebietskörperschaften gezahlten Abgaben werden in drei Schritten auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt:

2.3.1 Abgabenerhebung: 1. Schritt

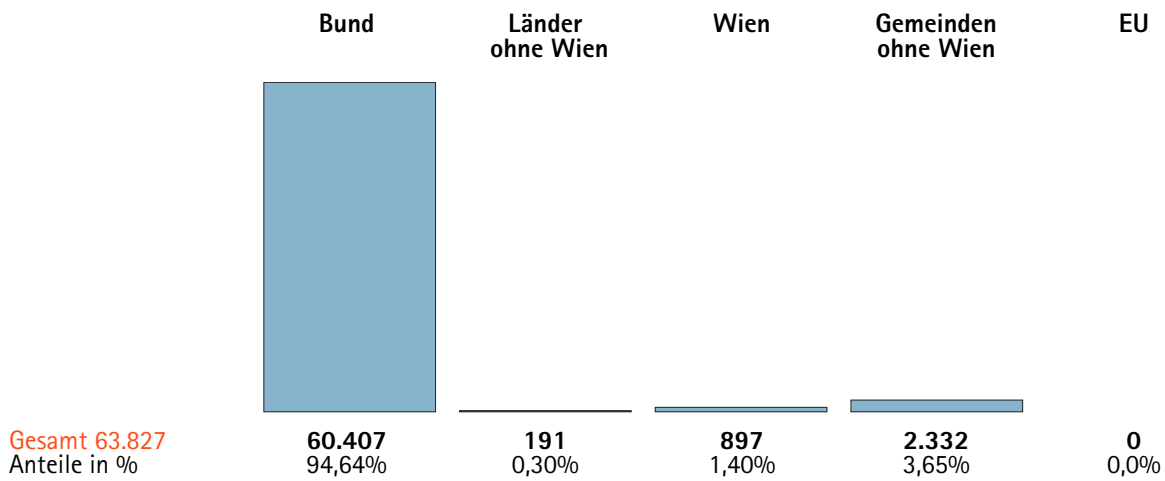
Abgaben können von Bund und Ländern sowie von Gemeinden eingehoben werden. In der Praxis kommt davon den Landesabgaben nur eine eher untergeordnete Bedeutung zu (Beträge gemäß Gebarungübersichten 2004):

- Bundesabgaben: 60.351 Mio. €
- Landesabgaben: 277 Mio. €
- Gemeindeabgaben: 3.200 Mio. €

1. Schritt:

Abgabenerhebung 2004

in Mio. €



Anmerkung: Bund einschl. Feuerschutzsteuer (54 Mio. €) und einschl. Gemeinde-Gewerbesteuer (2 Mio. €), Gemeindeabgaben ohne Benützungsgebühren
Quelle: Gebarungübersichten 2004, Tabelle 7.1. bis 7.5.

2.3.2 Aufteilung der Ertragsanteile: 2. Schritt

Länder und Gemeinden

Ein erheblicher Teil der Einnahmen aus Bundesabgaben verbleibt nicht dem Bund, sondern muss vom Finanzminister als Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden und als Beitrag an die EU weitergeleitet werden (Beträge für das Jahr 2004):

- Ertragsanteile der Länder: 7.078 Mio. €
- Ertragsanteile der Gemeinden: 6.255 Mio. €
- Beitrag an die EU: 2.150 Mio. €

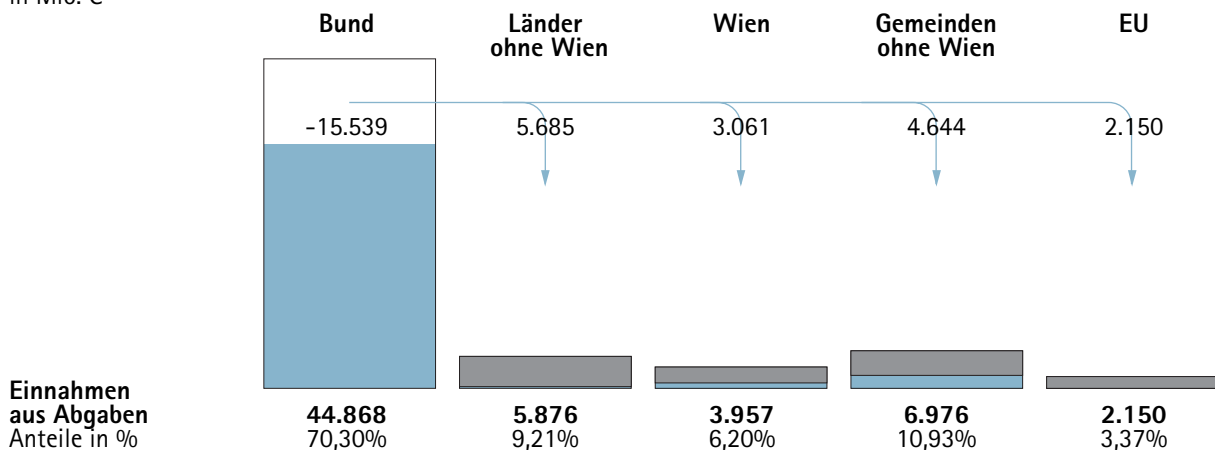
Ertragsanteile sind jene Teile der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderspezifisch auf die Gemeinden nach einem im FAG festgesetzten Verteilungsschlüssel aufgeteilt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Verteilung ergibt sich folgende Aufteilung der Einnahmen aus Abgaben:

2. Schritt:

Aufteilung der Ertragsanteile 2004

in Mio. €



Quelle: Gebarungübersichten 2004

Verteilung zwischen Ländern und Gemeinden („Unterverteilung“)

Der Gesamtanteil der Länder und der Gesamtanteil der Gemeinden an den Ertragsanteilen muss nochmals geteilt werden, damit jedes einzelne Land und jede einzelne Gemeinde ihre Teile erhalten („Unterverteilung“).

Das wichtigste Kriterium dabei ist die Einwohnerzahl des Landes oder der Gemeinde. Die Einwohnerzahl größerer Gemeinden wird dabei stärker gewichtet als diejenige kleinerer Gemeinden. Dieses System wird mit überörtlichen Leistungen und höheren Kosten größerer Gemeinden begrün-

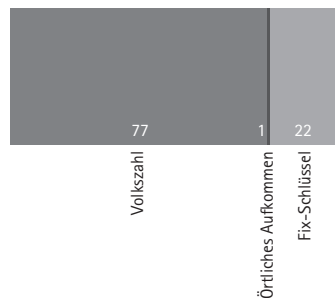
det. Das örtliche Aufkommen der Abgaben spielt bei der Verteilung der Ertragsanteile nur eine untergeordnete Rolle, frühere Verteilungen nach diesem Kriterium sind zumeist in eine Verteilung nach fixen Schlüsseln eingeflossen.

Bei den Ertragsanteilen der Gemeinden besteht die Verteilung aus zwei Stufen:

- 1. Stufe: Bildung von neun Ländertöpfen
- 2. Stufe: Verteilung der Ländertöpfe auf die einzelnen Gemeinden des Landes (ohne Wien, wo die Verteilung naturgemäß schon mit der 1. Stufe abgeschlossen ist).

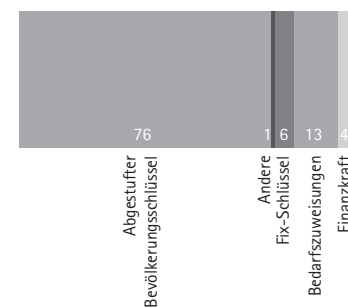
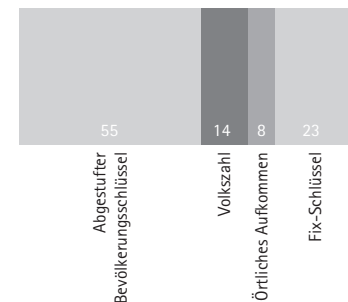
Stufe 1 Verteilung auf Länder

Ertragsanteile der Länder
in %



Stufe 2 Verteilung auf Gemeinden

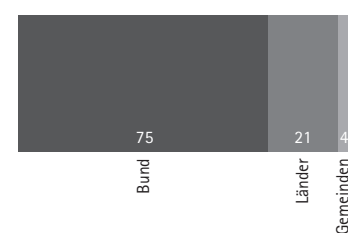
Ertragsanteile der Gemeinden
in %



Europäische Union

Als Mitglied der EU leistet Österreich einen Beitrag zum EU-Haushalt. Der österreichische EU-Beitrag wird vom Gesamtstaat finanziert. Länder und Gemeinden beteiligen sich durch einen Abzug von den Ertragsanteilen, der vom Bund durchgeführt wird. Die Anteile der Länder hängen im Wesentlichen von der Höhe der Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel der EU, die der Gemeinden hingegen von der Entwicklung der Ertragsanteile der Gemeinden ab.

Anteile am Beitrag zur Europäischen Union in %



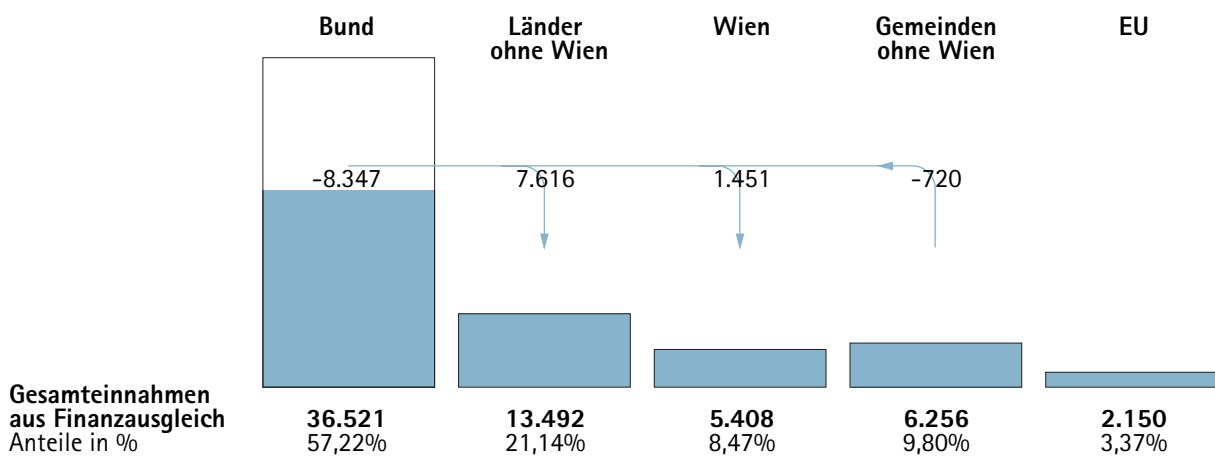
2.3.3 Transfers – Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften aus dem Finanzausgleich: 3. Schritt

Zusätzlich zu den Ertragsanteilen finanziert der Bund die bereits erwähnten Transfers. Die Gesamteinnahmen der einzelnen Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder, an den Steuermitteln verändern sich dadurch noch wesentlich. Dem stehen zwar Zahlungen der Länder und Gemeinden gegenüber, allerdings in deutlich geringerem Umfang.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit der Grafik über die Abgabeneinnahmen unter 2.3.1, wird deutlich, dass der Bund in Österreich den Großteil der Verantwortung für das Steuersystem und damit die Verantwortung für die öffentlichen Mittel gegenüber den Steuerzahlern trägt. Der weitaus überwiegende Teil der Abgaben muss nämlich vom Bund eingehoben werden, also auch diejenigen Mittel, die letztlich die Budgets der Länder und zu einem wesentlichen Teil auch die Budgets der Gemeinden bilden.

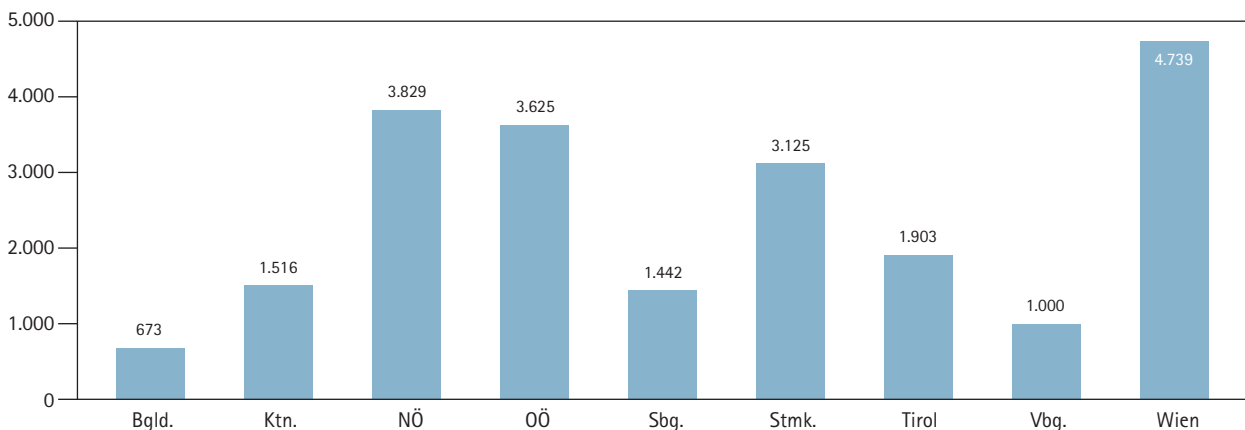
3. Schritt:

Einnahmen der Gebietskörperschaften aus dem Finanzausgleich nach Transfers und Kostentragung im Jahr 2004
in Mio. €



Überweisungen des Bundes an Länder und Gemeinden im Jahr 2004

in Mio. €



Diese Anteile spiegeln im Wesentlichen – entsprechend der Dominanz dieses Verteilungskriteriums – die Einwohnerzahlen der Länder wider, wobei die Ballungszentren

auf Grund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels jedoch etwas höhere Überweisungen erhalten.

2.4 Haushaltskoordinierung

Österreich unterliegt als Mitglied der EU den Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Gegenüber der EU trägt der Bund die Verantwortung für die Einhaltung dieser Verpflichtungen für ganz Österreich, also auch für die Länder und Gemeinden. Bei der Berechnung des so genannten „Maastricht-Ergebnisses“ werden nämlich die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zusammengerechnet.

Die von der EU vorgegebenen Haushaltsziele können also nur durch eine Koordinierung der Budgets von Bund, Ländern und Gemeinden erreicht werden. Bund, Länder und Gemeinden haben sich daher in einem Vertrag – dem Österreichischen Stabilitätspakt – zur gegenseitigen Information, zur gemeinsamen Koordinierung ihrer Budgets und zu einer stabilitätsorientierten Haushaltsführung verpflichtet. Dazu wurde die Erbringung bestimmter Haushaltsergebnisse in den nächsten Jahren vereinbart (in % des BIP):

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|-----------------|------|------|------|-------|
| Bund | -2,4 | -2,2 | -1,4 | -0,75 |
| Länder mit Wien | +0,6 | +0,6 | +0,7 | +0,75 |
| Gemeinden | +0,0 | +0,0 | +0,0 | +0,0 |

Mögliche Sanktionen für den Fall der Verletzung sollen die Einhaltung der Verpflichtungen sicherstellen.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2001 endete mit Ablauf des Jahres 2004. Bund, Länder und Gemeinden einigten sich mit dem Paktum zum Finanzausgleich ab 2005 auf einen neuen Stabilitätspakt.

Konsultationsmechanismus

Bund, Länder und Gemeinden können ihre Haushaltsziele nur dann umsetzen, wenn sie nicht durch unplanbare Ausgaben belastet werden. Solche Ausgaben können auch entstehen, wenn finanzielle Lasten von einer Gebietskörperschaft auf die andere überwältigt werden. Um dies zu verhindern, haben Bund, Länder und Gemeinden auch eine Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus abgeschlossen. Diese sieht verpflichtende Begutachtungsverfahren und die Möglichkeit vor, im Fall zusätzlicher Ausgaben durch Gesetzesvorhaben anderer Gebietskörperschaften Verhandlungen in einem Konsultationsgremium zu verlangen.

3. Tabellenteil

Anzumerken ist, dass die im „Analytischen Teil“ verwendeten Beträge für das Jahr 2004 teilweise von jenen im „Tabellenteil“ abweichen:

- Unterschiede ergeben sich zunächst aus dem unterschiedlichen Konzept zwischen Gebarungsübersichten und BRA bzw. BVA: Die Gebarungsübersichten enthalten die Beträge für das jeweilige Jahr, vor allem bei den Ertragsanteilen daher auf Basis der Jahresabrechnung, unabhängig davon, in welchen Jahren die Beträge verausgabt wurden. BRA bzw. BVA enthalten demgegenüber die Zahlungen im jeweiligen Haushaltsjahr.
- Die geringfügigen Unterschiede bei den Einnahmen aus Bundesabgaben lt. Gebarungsübersichten und den in Tabelle 1 dargestellten Einnahmen des Bundes aus Bundesabgaben ergeben sich zum einen aus einer anderen Behandlung der Strafeinnahmen (diese sind in Tabelle 1 in der Position „Sonstige Abgaben in Kapitel 52“ enthalten, in den Gebarungsübersichten jedoch nicht in den Abgaben enthalten), zum anderen aus einer unterschiedlichen Abgrenzung in der Tabelle 1 bei den Bundesabgaben außerhalb des Kapitels 52 mit geringen Aufkommen (z. B. Justizverwaltungs-, Punzierungsgebühren).

Rundungsdifferenzen wurden generell nicht ausgeglichen.

Tabelle 1 : Einnahmen des Bundes aus Bundesabgaben

in Mio. €

| VA-Ansatz | Bezeichnung | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|--|---------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| 2/52004 | Veranlagte Einkommensteuer | 2.180 | 2.695 | 2.821 | 3.014 | 2.896 | 2.818 | 3.987 | 3.126 | 2.677 | 2.819 | 2.400 | 2.800 |
| 2/52014 | Lohnsteuer | 10.917 | 11.663 | 13.312 | 14.073 | 14.753 | 14.468 | 15.672 | 16.219 | 16.944 | 17.119 | 17.000 | 17.700 |
| 2/52024 | Kapitalertragsteuer | 296 | 359 | 361 | 390 | 444 | 471 | 432 | 461 | 484 | 566 | 530 | 700 |
| 2/52025 | Kapitalertragsteuer auf Zinsen | 1.515 | 1.657 | 1.666 | 1.549 | 1.388 | 1.473 | 1.616 | 1.663 | 1.410 | 1.318 | 1.550 | 1.570 |
| 2/52034 | Körperschaftsteuer | 2.041 | 3.053 | 3.397 | 3.787 | 3.247 | 3.865 | 6.235 | 4.559 | 4.332 | 4.470 | 3.600 | 3.800 |
| 2/52086 | Wohnbauförderungsbeitrag | 522 | 530 | 542 | 558 | 576 | 595 | 614 | 637 | 641 | 658 | 685 | 710 |
| 2/52204 | Umsatzsteuer | 13.077 | 14.830 | 15.055 | 15.715 | 16.493 | 17.056 | 17.354 | 17.639 | 16.472 | 18.155 | 19.100 | 19.400 |
| 2/52404 | Tabaksteuer | 890 | 895 | 962 | 1.096 | 1.157 | 1.197 | 1.234 | 1.297 | 1.329 | 1.318 | 1.350 | 1.400 |
| 2/52444 | Mineralölsteuer | 2.286 | 2.633 | 2.517 | 2.591 | 2.695 | 2.726 | 2.880 | 3.109 | 3.310 | 3.594 | 3.700 | 3.650 |
| 2/52504+ | Stempel-, Rechtsgebühren u. | | | | | | | | | | | | |
| 2/52514+ | Bundesverwaltungsabgaben | | | | | | | | | | | | |
| 2/52524 | | 613 | 636 | 670 | 861 | 747 | 791 | 798 | 766 | 781 | 790 | 815 | 825 |
| 2/52615 | Energieabgabe | 0 | 142 | 543 | 397 | 405 | 562 | 754 | 692 | 699 | 736 | 750 | 760 |
| 2/52624 | Normverbrauchsabgabe | 345 | 400 | 388 | 391 | 439 | 433 | 423 | 415 | 450 | 477 | 490 | 510 |
| 2/52634 | Grunderwerbsteuer | 393 | 417 | 405 | 405 | 414 | 452 | 492 | 451 | 467 | 513 | 490 | 550 |
| 2/52644 | Versicherungssteuer | 624 | 689 | 645 | 726 | 728 | 745 | 814 | 826 | 888 | 954 | 980 | 1.020 |
| 2/52645 | Motorbezogene Versicherungssteuer | 551 | 569 | 629 | 710 | 719 | 975 | 1.117 | 1.185 | 1.217 | 1.251 | 1.290 | 1.320 |
| | Sonstige Abgaben in Kapitel 52 | 1.502 | 1.325 | 1.390 | 2.414 | 1.561 | 1.749 | 1.778 | 1.904 | 1.396 | 1.467 | 1.580 | 1.601 |
| 2/520 bis 527 | | | | | | | | | | | | | |
| ohne 2/52044 | Summe Bundesabgaben Kapitel 52 | 37.752 | 42.493 | 45.302 | 48.677 | 48.664 | 50.377 | 56.199 | 54.946 | 53.498 | 56.204 | 56.310 | 58.316 |
| 2/19300 | Dienstgeberbeitrag zum FLAF | 2.739 | 2.783 | 2.853 | 2.945 | 3.036 | 3.140 | 3.262 | 3.333 | 3.386 | 3.445 | 3.563 | 3.687 |
| 2/30204-8173 | Gebühren und Ersätze in Rechtssachen | 362 | 382 | 399 | 421 | 451 | 472 | 523 | 532 | 548 | 580 | 614 | 614 |
| 2/65804 u. | Gebühren gem. Patent- | | | | | | | | | | | | |
| 2/63204 (bis 2000) u. Markenschutzgesetz | | 21 | 21 | 22 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 28 | 28 | 28 | 28 |
| | Summe Bundesabgaben | 40.874 | 45.678 | 48.576 | 52.064 | 52.174 | 54.012 | 60.010 | 58.838 | 57.459 | 60.257 | 60.515 | 62.646 |

Quellen: Bis 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA

Tabelle 2: Landes- und Gemeindeabgaben

in Mio. €

| Länder | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Gemeinden | 277 | 273 | 288 | 294 | 293 | 263 | 237 | 241 | 269 | 277 |
| Kommunalsteuer | 1.470 | 1.519 | 1.575 | 1.623 | 1.695 | 1.735 | 1.797 | 1.846 | 1.888 | 1.946 |
| Grundsteuer | 395 | 410 | 420 | 432 | 451 | 463 | 479 | 490 | 510 | 523 |
| Interessentenbeiträge | 214 | 237 | 238 | 233 | 221 | 256 | 246 | 235 | 251 | 243 |
| Gewerbesteuer | 107 | 69 | 41 | 30 | 11 | 12 | 10 | 3 | 1 | 2 |
| Getränkesteuer | 399 | 402 | 407 | 408 | 409 | 178 | 21 | 4 | 0 | 0 |
| Anzeigen- und Ankündigungsabgabe | 72 | 72 | 82 | 88 | 63 | 105 | 2 | 1 | 9 | 8 |
| Sonstige Abgaben | 393 | 407 | 411 | 384 | 406 | 441 | 454 | 455 | 467 | 479 |
| Summe Gemeinden ohne Benützungsgebühren | 3.050 | 3.115 | 3.175 | 3.199 | 3.256 | 3.190 | 3.010 | 3.034 | 3.125 | 3.200 |
| Benützungsgebühren | 1.314 | 1.385 | 1.406 | 1.453 | 1.582 | 1.601 | 1.668 | 1.683 | 1.770 | 1.813 |
| Summe | 4.641 | 4.772 | 4.869 | 4.946 | 5.132 | 5.054 | 4.915 | 4.958 | 5.164 | 5.290 |

Anmerkung: Gemeinden ohne Benützungsgebühren; Länder ohne die in den Gebarungübersichten bis 1996 enthaltenen Mauten und Straßenbenützungsabgaben, Trennung von Wien als Land und Gemeinde: lt. Tabelle 4.1.1.5 („Rechnungsabschluss Wien: Landesabgaben) der Gebarungübersichten

Quellen: Gebarungübersichten, herausgegeben von Statistik Austria.

Die Entwicklung der Einnahmen der Gemeinden aus Landes- und Gemeindeabgaben wird durch den Entfall der Getränkesteuer und der Anzeigen- und Ankündigungsabgaben im Jahr 2000 beeinflusst. Für beide Abgaben wurde den Gemeinden ein teilweiser Ersatz in Form von Ertragsanteilen an der Umsatzsteuer bzw. an der Werbeabgabe gewährt (siehe die Ausführungen im Technischen Teil sowie Tabelle 4 und 5).

Tabelle 3: Beitrag zur Europäischen Union

in Mio. €

| VA-Ansatz | Bezeichnung | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|--------------|--------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 2/52904 | Beitrag zur Europäischen Union | 1.363 | 1.958 | 2.294 | 1.906 | 2.119 | 2.092 | 1.992 | 2.108 | 1.952 | 2.150 | 2.386 | 2.386 |
| 2/52904 8890 | Anteil des Bundes | 636 | 1.198 | 1.354 | 1.423 | 1.607 | 1.595 | 1.492 | 1.591 | 1.497 | 1.606 | | |
| 2/52904 8891 | Anteil der Länder | 382 | 334 | 407 | 430 | 438 | 419 | 413 | 430 | 374 | 458 | | |
| 2/52904 8892 | Anteil der Gemeinden | 345 | 426 | 533 | 53 | 73 | 73 | 88 | 88 | 81 | 85 | | |

Quellen: Bis 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA.

Der Anteil der Gemeinden in den Jahren 1995 bis 1997 ist mit jenem Anteil ab dem Jahr 1998 nicht vergleichbar. Dem nominell relativ hohen EU-Anteil der Gemeinden stand eine Refinanzierung in Form einer Erhöhung ihrer Anteile an der veranlagten Einkommensteuer gegenüber. Im Zuge der Einführung des einheitlichen Schlüssels für die Einkommen- und Körperschaftsteuer im Jahr 1998 wurde der EU-Beitrag der Gemeinden auf das Saldo zwischen nominellem EU-Beitrag und Refinanzierung verringert.

Tabelle 4: Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

in Mio. €

| VA-Ansatz | Bezeichnung | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|--------------------|-----------------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| 2/52804 8391, 8491 | Ertragsanteile Länder | 5.425 | 6.218 | 6.365 | 6.526 | 6.770 | 6.910 | 7.181 | 7.108 | 7.061 | 7.059 | 7.108 | 7.263 |
| 2/52804 8392, 8492 | Ertragsanteile Gemeinden | 4.419 | 5.036 | 5.185 | 5.319 | 5.444 | 5.693 | 6.309 | 6.292 | 6.118 | 6.253 | 6.266 | 6.465 |
| | Summe Ertragsanteile | 9.844 | 11.253 | 11.549 | 11.845 | 12.214 | 12.603 | 13.490 | 13.400 | 13.179 | 13.312 | 13.374 | 13.728 |

Quellen: Bis 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA.

Tabelle 5: Getränkesteuerausgleich als Teil der Ertragsanteile der Gemeinden

in Mio. €

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|
| Erhöhung der Ertragsanteile der Gemeinden | 98 | 326 | 331 | 305 | 338 | 355 | 361 |
| davon als: | | | | | | | |
| Allgemeine Ertragsanteile | 7 | 20 | 20 | 19 | 22 | 22 | 23 |
| Getränkesteuerausgleich | 91 | 306 | 310 | 286 | 316 | 333 | 338 |

Quelle: BMF (bis 2004 Basis BRA, 2005 und 2006 BVA)

Tabelle 6: Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe

in Mio. €

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|--|------|------|------|------|------|------|------|
| Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe | 29 | 76 | 74 | 77 | 82 | 87 | 90 |
| davon als: | | | | | | | |
| Allgemeine Ertragsanteile | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Werbeabgabe: Verteilung nach Volkszahl | 3 | 8 | 15 | 23 | 32 | 34 | 36 |
| Gemeinde-Werbesteuerausgleich | 26 | 68 | 58 | 53 | 49 | 51 | 53 |

Quelle: BMF (bis 2004 Basis BRA, 2005 und 2006 BVA)

Tabelle 7: Die wichtigsten Transfers des Bundes an die Länder und Gemeinden

in Mio. €

| VA-Ansatz | Transfers des Bundes an die Länder | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|---|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen | | | | | | | | | | | | | |
| 1/53007 | Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich | 99 | 98 | 101 | 92 | 100 | 99 | 101 | 113 | 104 | 103 | 107 | 108 |
| 1/53027 | Bedarfszuweisungen an Länder | 0 | 155 | 353 | 563 | 599 | 604 | 734 | 765 | 703 | 741 | 791 | 925 |
| 1/53047 | Finanzzuweisungen f. umweltschonende u. energiesparende Maßnahmen | 0 | 26 | 53 | 48 | 47 | 59 | 90 | 84 | 78 | 81 | 88 | 87 |
| 1/53077 | Finanzzuweisung in Agrarangelegenheiten | 22 | 22 | 22 | 22 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| 1/53097 7352 | Finanzzuweisung für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs | 96 | 87 | 96 | 94 | 102 | 98 | 108 | 119 | 131 | 142 | 149 | 149 |
| 1/17427 | Zweckzuschüsse zur Krankenanstaltenfinanzierung ¹ | 289 | 393 | 426 | 447 | 456 | 472 | 383 | 393 | 399 | 392 | 408 | 411 |
| 1/53207 | Zuschüsse für Krankenanstalten (Gemeinde-Anteil) ² | 83 | 94 | 93 | 93 | 97 | 104 | 102 | 106 | 108 | 107 | 113 | 115 |
| 1/53227 7302+ | | | | | | | | | | | | | |
| 1/53228 7302+ | | | | | | | | | | | | | |
| 7352 | Zuschüsse zur Theaterführung an Länder | 9 | 11 | 10 | 10 | 10 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 |
| 1/53287 7352 500 | Zuschüsse für Umweltschutz an Länder | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 |
| 1/53217 | Zuschüsse nach dem BSWG | 30 | 28 | 25 | 24 | 21 | 22 | 23 | 22 | 21 | 18 | 23 | 23 |
| 1/53237 | Zuschüsse nach § 3 ZZG (WVG) | 11 | 11 | 11 | 10 | 8 | 5 | 4 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 |
| 1/53247 | Zuschüsse für Wohnbauförderung | 1.695 | 1.780 | 1.780 | 1.780 | 1.780 | 1.780 | 1.780 | 1.781 | 1.781 | 1.781 | 1.781 | 1.781 |
| 1/53267 (ab 2002) | Zuschüsse für Straßen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 436 | 542 | 556 | 562 | 563 |
| 1/53297 | Zuschüsse für Kinderbetreuungseinrichtungen | 0 | 0 | 7 | 34 | 2 | 27 | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1/53258 | Zuschüsse für Raumheizungszuschüsse | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1/53307 | Zuschüsse auf Grund von Sondergesetzen ³ | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 4 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Katastrophenfonds*: | | | | | | | | | | | | | |
| 1/53408 7303 | Schäden im Vermögen privater Personen | 8 | 9 | 38 | 8 | 18 | 25 | 8 | 153 | 152 | 9 | 11 | 11 |
| 1/53408 7303 003 | Länder (§ 31 Abs. 3a WRG) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 1/53408 7303 100 | Schäden im Vermögen der Länder | 6 | 5 | 6 | 9 | 7 | 6 | 9 | 25 | 49 | 20 | 8 | 9 |
| 1/53408 7303 200 | Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren | 15 | 19 | 20 | 21 | 20 | 20 | 23 | 24 | 20 | 24 | 22 | 24 |
| Summe Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen | | 2.371 | 2.747 | 3.049 | 3.261 | 3.291 | 3.375 | 3.416 | 4.052 | 4.120 | 4.006 | 4.093 | 4.236 |

| Kostentragung | | | | | | | | | | | | | |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--|
| Landeslehrer ⁵ | 3.063 | 3.061 | 3.073 | 3.207 | 3.372 | 3.499 | 3.559 | 3.568 | 3.661 | 3.722 | 3.668 | 3.697 | |
| Auftragsverwaltung ⁶ | 206 | 218 | 149 | 156 | 144 | 75 | 56 | 14 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 2/52825 8491 Ausgaben gem. GSBG: Überweisung an Länder ⁷ | 0 | 0 | 337 | 527 | 559 | 529 | 597 | 628 | 663 | 676 | 720 | 730 | |
| 1/11507 7303+ | | | | | | | | | | | | | |
| 1/11508 7303 Kostensätze für Flüchtlingsbetreuung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 23 | 75 | 75 | |
| Klinischer Mehraufwand ⁸ | 317 | 269 | 304 | 296 | 323 | 321 | 281 | 277 | 275 | 188 | 207 | 199 | |
| Schienenverbund | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | 109 | |
| Summe Kostentragung | 3.695 | 3.657 | 3.971 | 4.295 | 4.507 | 4.532 | 4.602 | 4.596 | 4.708 | 4.718 | 4.780 | 4.811 | |
| Summe Transfers des Bundes an die Länder | 6.065 | 6.403 | 7.019 | 7.556 | 7.797 | 7.907 | 8.018 | 8.648 | 8.828 | 8.724 | 8.874 | 9.047 | |
| Transfers des Bundes an die Gemeinden | | | | | | | | | | | | | |
| Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen | | | | | | | | | | | | | |
| 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden | 69 | 73 | 75 | 77 | 80 | 79 | 87 | 90 | 84 | 90 | 87 | 91 | |
| 1/53057 Bedarfszuweisungen an Gemeinden | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 16 | 19 | 19 | 19 | 119 | 119 | |
| 1/53067 Polizeikostensatz an Städte mit eigenem Statut | 5 | 5 | 5 | 5 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | |
| 1/53097 7304+7354 Finanzzuweisung für Personennahverkehr | 32 | 43 | 55 | 52 | 52 | 57 | 70 | 68 | 65 | 66 | 69 | 69 | |
| 1/53227 7304+ | | | | | | | | | | | | | |
| 1/53228 7304+7354 Zuschüsse zur Theaterführung an Gemeinden | 12 | 14 | 13 | 13 | 13 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | |
| 1/53037 (bis 1997) Bedarfszuweisung an Bundesbahn-Gemeinden | 7 | 7 | 7 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1/53287 7352 Zweckzuschuss für Umweltschutz | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1/53058 Bedarfszuweisungsgesetz | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1/53408 7305 300 Katastrophenfonds: | | | | | | | | | | | | | |
| Schäden im Vermögen der Gemeinden ⁴ | 17 | 16 | 19 | 25 | 17 | 24 | 9 | 25 | 65 | 18 | 23 | 24 | |
| Summe Zahlungen des Bundes an die Gemeinden | 145 | 160 | 176 | 173 | 166 | 176 | 196 | 216 | 248 | 208 | 313 | 317 | |
| Summe Transfers an Länder und Gemeinden | 6.210 | 6.563 | 7.195 | 7.730 | 7.964 | 8.083 | 8.214 | 8.864 | 9.076 | 8.932 | 9.187 | 9.364 | |

Unterscheidung zwischen Transfers an Länder und Gemeinden nicht gemäß haushaltsrechtlicher Zuordnung, sondern nach finanzausgleichsrechtlichen Gesichtspunkten (z. B. Mittel zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden werden vom Bund an die Länder überwiesen, sind von diesen aber an die Gemeinden weiterzuleiten).

⁵Einschließlich der Überweisungen gemäß VA-Ansatz 1/17217 in den Jahren 1995 bis 1997.

⁶Beträge der Jahre 1995 bis 1998 lt. VA-Ansatz 2/52805.

⁷Im Jahr 1995 VA-Ansatz 1/53257, im Jahr 1996 VA-Ansatz 1/53267.

⁸Katastrophenfonds: 2002 und 2003 einschließlich der Mittel gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (HWG 2002); Schäden im Vermögen privater Personen: 1/53508 7303; Schäden im Vermögen der Länder: 1/53518 7303 100; Schäden im Vermögen der Gemeinden: 1/53518 7305. Für Zahlungen gemäß HWG 2005 (1/53608) in den Jahren 2005 und 2006 ist durch eine Überschreitungsmächtigung vorgesorgt (BGBl. I Nr. 112/2005). Die dargestellten Transfers wurden bis zum Jahr 2002 bei folgenden Ansätzen verbucht: Schäden im Vermögen privater Personen: 1/53408 7303; Schäden im Vermögen der Länder: 1/53418 7303 100; Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren: 1/53418 7303 200; Schäden im Vermögen der Gemeinden: 1/53428 7303.

⁹Landeslehrer und Klinischer Mehraufwand: zur Aufgliederung der einzelnen VA-Ansätze siehe 4.3.

¹⁰Die Ausgaben für den Kostensatz an die Länder im Rahmen der Auftragsverwaltung verloren durch Ausgliederungen (ASFINAG, BIG) und zuletzt durch die Übertragung der Bundesstraßen B an die Länder völlig an Bedeutung. Die Ausgaben wurden in den Kapiteln 10, 11, 30, 50, 64 und 65 veranschlagt.

¹¹Beträge der Jahre 1997 bis 1999 lt. VA-Ansatz 1/50204 7303.

Quellen: Bis 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA.

Tabelle 8: Länderweise Anteile an den Ertragsanteilen, Zweckzuschüssen und Finanzzuweisungen im Jahr 2004
in Mio. €

| VA-Ansatz | Zahlungen an die Länder | Bgld. | Ktn. | NÖ | OÖ | Sbg. | Stmk. | Tirol | Vbg. | Wien | Summe |
|------------------|---|--------------|--------------|----------------|----------------|--------------|----------------|--------------|--------------|----------------|----------------|
| | Ertragsanteile | 226,7 | 483,1 | 1.310,1 | 1.192,0 | 464,9 | 1.006,9 | 613,9 | 331,5 | 1.429,8 | 7.059,0 |
| | Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen | | | | | | | | | | |
| 1/53007 | Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich der Länder | 14,6 | 10,8 | 33,8 | 13,6 | 0,0 | 30,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 102,8 |
| 1/53027 | Bedarfszuweisungen an Länder | 25,6 | 51,6 | 142,7 | 127,1 | 47,6 | 109,2 | 62,2 | 32,4 | 143,1 | 741,4 |
| 1/53047 | Finanzzuweisungen f. umweltschonende u. energiesparende Maßnahmen | 2,6 | 5,5 | 15,0 | 13,6 | 5,4 | 11,5 | 7,0 | 3,8 | 16,4 | 80,5 |
| 1/53077 | Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten | 0,8 | 1,0 | 4,5 | 3,3 | 0,7 | 2,8 | 0,8 | 0,3 | 0,4 | 14,5 |
| 1/53097 | Finanzzuweisungen für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs | 4,6 | 9,7 | 25,3 | 23,3 | 8,5 | 20,7 | 11,0 | 5,8 | 33,2 | 142,2 |
| 1/53207 | Zuschüsse für Krankenanstalten (Gemeinde-Anteil) | 2,8 | 7,4 | 15,5 | 14,7 | 6,9 | 13,8 | 8,6 | 4,0 | 33,6 | 107,2 |
| 1/53227 7302 + | | | | | | | | | | | |
| 1/53228 7302 | Zuschüsse zur Theaterführung an Länder | 0,0 | 1,8 | 0,0 | 1,8 | 1,5 | 2,4 | 1,7 | 0,2 | 0,0 | 9,5 |
| 1/53287 | Zuschüsse für Umweltschutz an Länder | 0,2 | 0,5 | 1,3 | 1,2 | 0,4 | 1,0 | 0,6 | 0,3 | 1,3 | 6,9 |
| 1/53217 | Zuschüsse nach dem BSWG | 0,0 | 0,2 | 2,1 | 4,4 | 0,7 | 2,3 | 1,2 | 0,6 | 7,2 | 18,5 |
| 1/53237 | Zuschüsse nach § 3 ZZG (WSG) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,4 | 0,1 | 0,6 |
| 1/53247 | Zuschüsse für Wohnbauförderung | 51,2 | 114,5 | 299,8 | 285,7 | 112,6 | 238,2 | 138,9 | 75,4 | 464,2 | 1.780,5 |
| 1/53267 | Zuschüsse für Straßen | 27,7 | 65,1 | 117,9 | 76,1 | 49,7 | 83,8 | 61,2 | 35,3 | 39,4 | 556,2 |
| | Katastrophenfonds: | | | | | | | | | | |
| 1/53408 7303 | Schäden im Vermögen privater Personen | 0,0 | 0,4 | 2,1 | 0,0 | 3,4 | 1,5 | 1,0 | 0,6 | 0,0 | 8,9 |
| 1/53408 7303 003 | Länder (§ 31 Abs. 3a WRG) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1/53408 7303 100 | Schäden im Vermögen der Länder | 0,0 | 0,9 | 0,2 | 10,5 | 0,6 | 3,9 | 1,7 | 1,8 | 0,0 | 19,5 |
| 1/53408 7303 200 | Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren | 0,8 | 4,1 | 4,3 | 3,9 | 1,3 | 3,3 | 1,9 | 1,0 | 3,8 | 24,4 |
| | Summe Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen¹ | 130,9 | 273,4 | 664,4 | 579,2 | 239,1 | 524,2 | 297,7 | 161,9 | 742,7 | 3.613,6 |
| | Kostentragung | | | | | | | | | | |
| | Landeslehrer | 132,3 | 296,4 | 704,8 | 708,1 | 245,9 | 597,4 | 330,1 | 174,7 | 532,0 | 3.721,7 |
| 2/52825 8491 | Ausgaben gemäß GSBG: Länder | 13,0 | 45,0 | 92,0 | 128,0 | 44,0 | 88,0 | 54,0 | 31,0 | 181,0 | 676,0 |

4. Technischer Teil

4.1 Abgabenarten

§ 6 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 unterscheidet folgende Abgabenarten:

Bundesabgaben

- Ausschließliche Bundesabgaben, deren Ertrag ganz dem Bund zufließt (z. B. die Straßenbenützungsabgabe, Stempel- und Rechtsgebühren).
- Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilte Abgaben, an deren Ertrag Bund, Länder und Gemeinden beteiligt sind, mit folgenden Unterformen:
 - gemeinschaftliche Bundesabgaben, die durch den Bund erhoben werden und aus denen dem Bund und den Ländern (Gemeinden) Ertragsanteile zufließen (z. B. Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz-, Mineralölsteuer);
 - Zuschlagsabgaben, die aus einer Stammabgabe des Bundes und Zuschlägen der Länder (Gemeinden) bestehen (Gebühren für Totalisateur- und Buchmach-erwetten);
 - Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand: Bund und Länder (Gemeinden) erheben gleichartige Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand (z. B. die bis zu ihrer Abschaffung vor einigen Jahren bestehende Gewerbesteuer, bei der der Bund und die Gemeinden zur Erhebung der Steuer berechtigt waren).

Landesabgaben

- Ausschließliche Landesabgaben, deren Ertrag ganz den Ländern zufließt (z. B. Feuerschutzsteuer, Jagd- und Fischereiabgaben);
- Zwischen Ländern und Gemeinden geteilte Abgaben, an deren Ertrag Länder und Gemeinden beteiligt sind, mit folgenden Unterformen:
 - gemeinschaftliche Landesabgaben, die durch die Länder erhoben werden und aus denen den Ländern und Gemeinden Ertragsanteile zufließen;
 - Zuschlagsabgaben, die aus einer Stammabgabe der Länder und Zuschlägen der Gemeinden bestehen;
 - Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand: Länder und Gemeinden erheben gleichartige Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand.

Gemeindeabgaben

- Ausschließliche Gemeindeabgaben, deren Ertrag ausschließlich den Gemeinden zufließt (z. B. Kommunal-, Grundsteuer).

In der Praxis kommt allerdings den Landesabgaben nur eine untergeordnete, den Zuschlagsabgaben und den Abgaben von demselben Besteuerungsgegenstand so gut wie keine Bedeutung zu. Der weit aus überwiegende Teil der Einnahmen aus Abgaben stammt aus ausschließlichen und gemeinschaftlichen Bundesabgaben, ein weiterer und – vor allem im Verhältnis zu den Abgabeneinnahmen der Gemeinden – nicht unbedeutender Teil aus ausschließlichen Gemeindeabgaben (Beträge gemäß Gebärungsübersichten 2004):

- Bundesabgaben: 60.351 Mio. €
- Landesabgaben: 277 Mio. €
- Gemeindeabgaben: 3.200 Mio. €

Berücksichtigt man, dass neben den Resteinzahlungen an der Gemeinde-Gewerbesteuer (2004: rd. 2 Mio. €) auf Grund einer finanzverfassungsrechtlichen Ausnahmebestimmung auch die Feuerschutzsteuer, eine ausschließliche Landesabgabe, vom Bund erhoben wird (2004: 54 Mio. €), werden 60.407 Mio. € oder rd. 95% der Einnahmen aus Abgaben vom Bund erhoben.

In der jüngsten Vergangenheit wurden alle wichtigen ausschließlichen Bundesabgaben in gemeinschaftliche Bundesabgaben umgewandelt, zuletzt mit Wirkung vom 1. Jänner 2005 die Tabaksteuer, die Kapitalverkehrsteuern, die Energieabgaben (Erdgas-, Elektrizitäts- und Kohleabgabe), die Normverbrauchsabgabe, die Versicherungsteuer und die Konzessionsabgabe. Der Anteil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben an den Abgabeneinnahmen gemäß Kapitel 52 erhöht sich dadurch von rd. 90% bis zum Jahr 2004 auf fast 97% ab dem Jahr 2005.

4.2 Anteile des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der Europäischen Union an den Abgaben

4.2.1 Verteilung der Anteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben

Ab dem Jahr 2005 gilt für den Großteil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben ein einheitlicher Verteilungsschlüssel, und zwar sowohl für die Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden als auch für die Bildung der Ländertöpfe. Lediglich für die Werbeabgabe, die Grunderwerbsteuer und die Bodenwertabgabe sowie für die Spielbankabgabe gelten eigene Schlüssel. Diese machen jedoch nur etwas mehr als 1% der Aufkommen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben aus.

Das wichtigste Kriterium bei der länderweisen Verteilung ist die Einwohnerzahl, wobei bei den Gemeinden die Form des abgestuften Bevölkerungsschlüssels eine zentrale Rolle spielt. Bei diesem Schlüssel wird jeder Einwohner in Gemeinden bis 10.000 Einwohner mit 1 1/2 vervielfacht, in Gemeinden zwischen 10.001 und 20.000 Einwohnern mit 1 2/3, zwischen 20.001 und 50.000 Einwohnern mit 2 und in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern mit 2 1/3. Für Städte mit eigenem Statut bis 20.000 Einwohner gilt ebenfalls der Vervielfacher von 2. Einschleifregelungen für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl knapp unterhalb der Stufengrenzen sorgen dafür, dass nicht ein einziger Einwohner mehr oder weniger über das finanzielle Schicksal der Gemeinde entscheidet („goldener Bürger“).

Der genannte Wert von 1 1/2 für Gemeinden bis 10.000 Einwohner gilt erst seit 01.01.2005, vorher galt hier der Vervielfacher von 1 1/3. Mit dieser Änderung wurden die kleineren Gemeinden deutlich aufgewertet und die Auswirkung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels wesentlich verringert.

Das Aufkommen der Abgaben spielt bei der Verteilung der Abgaben nur mehr eine untergeordnete Rolle. Frühere Verteilungen nach diesem Kriterium sind zumeist in eine Verteilung nach fixen Schlüsseln eingeflossen.

Getränkesteuerausgleich und Gemeinde-Werbsteuerausgleich

Ein Teil der Ertragsanteile der Gemeinden dient als Ausgleich für Einnahmen aus mittlerweile entfallenen Gemeindeabgaben:

Als Ausgleich für den Entfall der Getränkesteuer wurden die Anteile der Gemeinden um 2,021% des Aufkommens an der Umsatzsteuer erhöht. Diese zusätzlichen Ertragsanteile werden zum Großteil (rd. 316 Mio. € für das Jahr 2004) als so genannter Getränkesteuerausgleich im Verhältnis der durchschnittlichen Erträge an Getränke- und Speiseeissteuer der einzelnen Gemeinden in den Jahren 1993 bis 1997 verteilt, ein kleinerer Teil erhöht die allgemeinen Ertragsanteile der Gemeinden (rd. 22 Mio. € für das Jahr 2004 – dieser Effekt der Erhöhung der allgemeinen Ertragsanteile ergibt sich als indirekter Effekt der Vorwegabzüge bei den Gemeinde-Ertragsanteilen).

Die Anteile der Gemeinden haben somit für das Jahr 2004 rd. 85% der durchschnittlichen Einnahmen aus der Getränke- und Speiseeissteuer in den Jahren 1993 bis 1997 (398 Mio. € p.a.) erreicht.

In ähnlicher Weise bilden die Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe, das sind rd. 82,3 Mio. € für das Jahr 2004, einen Ersatz für die szt. Einnahmen aus der Anzeigenabgabe und der Ankündigungsabgabe. 60% der Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe werden als Gemeinde-Werbsteuerausgleich im Verhältnis der szt. Erträge der Gemeinden an Anzeigenabgabe und Ankündigungsabgabe in den Jahren 1996 bis 1998 verteilt. Die weiteren Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe werden im Verhältnis der Volkszahl verteilt, und zwar sowohl bei der Bildung der Ländertöpfe als auch bei der Verteilung innerhalb der Länder.

Bezogen auf die durchschnittlichen Einnahmen der Gemeinden aus Anzeigen- und Ankündigungsabgaben in den Jahren 1996 bis 1998 (199,8 Mio. €) bilden die Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe für das Jahr 2004 von 82,3 Mio. € einen Ersatz von rd. 69%.

4.2.2 Anteile der Länder und Gemeinden zum Beitrag an die Europäische Union

Den Anteilen der Länder und Gemeinden am EU-Beitrag ist gemeinsam, dass sie als Vorwegabzug von ihren Ertragsanteilen geregelt sind. Ihre Bemessung ist aber unterschiedlich:

Der Anteil der Länder beträgt 16,835%. Dieser setzt sich zusammen aus den Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmitteln (somit nicht der traditionellen Eigenmittel) und aus einem im Finanzausgleichs-

gesetz normierten und mit 3% p.a. valorisierten Betrag (Basis 1995 = 581,4 Mio. €), der pauschal die Mindereinnahmen durch den Entfall der österreichischen Zölle und sonstiger finanzieller Belastungen des Bundes durch den EU-Beitritt abbildet.

Der Anteil der Gemeinden richtet sich hingegen seit dem Jahr 2005 nach dem Aufkommen an allen gemeinschaftlichen Bundesabgaben, für die der einheitliche Schlüssel (siehe 4.2.1) gilt. Die Entwicklung der Anteile der Gemeinden hängt also nicht von der Höhe der EU-Beiträge, sondern von der Höhe der Ertragsanteile der Gemeinden ab.

4.3 Verbuchung der Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften im Bundesbudget

Der überwiegende Teil der Zahlungen des Bundes an die Länder und Gemeinden wird zum einen im Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“, zum anderen im Kapitel 53 „Finanzausgleich“ verbucht.

Vor allem Zahlungen aus den unterschiedlichsten Kostentragsbestimmungen werden dagegen im sachlich zu-

ständigen Kapitel veranschlagt. Die wesentlichen Kapitel werden hier kurz erläutert.

Kapitel 52: Anteile aus Abgaben

Die im Kapitel 52 als Ab-Überweisungen verbuchten Zahlungen an Länder und Gemeinden setzen sich im Detail wie folgt zusammen:

in Mio. €

| VA-Ansatz | Bezeichnung | 2004 | 2005 | 2006 |
|-----------------------|---|----------------|----------------|----------------|
| Ertragsanteile | | | | |
| 2/52804 8391 200 | Einkommen- und Vermögensteuern Länder | -3.617 | -3.496 | -3.467 |
| 2/52804 8392 | Einkommen- und Vermögensteuern Gemeinden | -3.308 | -3.214 | -2.642 |
| 2/52804 8491 000 | Sonstige Steuern Länder | -3.437 | -3.607 | -3.795 |
| 2/52804 8492 | Sonstige Steuern Gemeinden | -2.945 | -3.053 | -3.821 |
| 2/52804 8391 100 | Kunstförderungsbeitrag an Länder | -4 | -4 | -1 |
| 2/52804 8392 100 | Kunstförderungsbeitrag an Gemeinden | 0 | 0 | -2 |
| | Summe Ertragsanteile | -13.312 | -13.374 | -13.728 |
| 2/52814 8392 | Gewerbsteuer an Gemeinden | -1 | 0 | 0 |
| 2/52825 8491 | Ausgaben gemäß GSBG: Länder | 676 | 720 | 730 |
| | Ab-Überweisungen Länder u. Gemeinden | -12.637 | -12.654 | -12.998 |

Quelle: 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA

VA-Ansatz 2/52804: Die Zusammensetzung der Ertragsanteile nach Kunstförderungsbeitrag, Einkommen- und Vermögensteuern und sonstigen Steuern wird durch die Umwandlung von bisherigen ausschließlichen in gemein-

schaftliche Bundesabgaben und die Einführung eines einheitlichen Schlüssels für die wesentlichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben stark geändert, wobei die Jahre 2005 und 2006 noch durch die Übergangsbestimmun-

gen beeinflusst sind (Berechnung der Vorschüsse im Jahr 2005 teilweise noch nach den alten Schlüsseln, Abrechnung und Aufrollung erst im Jahr 2006).

VA-Ansatz 2/52814: Die Überweisungen von Gewerbesteuer an die Gemeinden stammen aus Resteingängen der 1993 abgeschafften Abgabe.

VA-Ansatz 2/52825 Post 8491: Kranken- und Kuranstalten sowie die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens erhalten gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz (GSBG) eine Beihilfe in Höhe der seit 01.01.1997 nicht mehr abziehbaren Vorsteuer (abzüglich eines Kürzungsbetrages für Einnahmen von privater Seite).

Kapitel 53: Finanzausgleich

Im Kapitel 53 wird der Großteil der Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs veranschlagt, also vor allem die Zah-

lungen auf Basis des Finanzausgleichsgesetzes 2005, des Zweckzuschussgesetzes 2001 und des Katastrophenfondsgesetzes 1996. Die einzelnen Transfers und ihre Ansätze sind in Tabelle 8 detailliert aufgelistet.

Kapitel 12, 55 und 60: Landeslehrer

Der Bund ersetzt den Ländern sowohl die Aktivitätsbezüge der Landeslehrer (zu 100% an den allgemein bildenden Pflichtschulen, zu 50% an den berufsbildenden Pflichtschulen, sowie zu 50% an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen) als auch 100% des Pensionsaufwands. Die Zahlungen für den Aktivitätsaufwand werden für die Lehrer an Pflichtschulen im Kapitel 12 „Bildung und Kultur“, für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen im Kapitel 60 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ veranschlagt, die Pensionskostenersätze hingegen im Kapitel 55 „Pensionen“.

in Mio. €

| VA-Ansatz | Bezeichnung | 2004 | 2005 | 2006 |
|--------------|--|--------------|--------------|--------------|
| 1/12757 7302 | Allgemein bildende Pflichtschulen | 2.669 | 2.599 | 2.578 |
| 1/12857 7302 | Berufsbildende Pflichtschulen | 106 | 110 | 110 |
| 1/60717 7302 | Land- u. forstwirtschaftliche Berufs- u. Fachschulen | 33 | 33 | 33 |
| 1/55107 7302 | Pensionsaufwand (inkl. Pflegegeld) | 914 | 926 | 975 |
| | Summe | 3.722 | 3.668 | 3.697 |

Quelle: 2004: BRA, 2005 und 2006: BVA

Kapitel 11: Kostenersatz an Länder für Flüchtlingsbetreuung

Die wichtigste Position der Zahlungen des Bundes an die anderen Gebietskörperschaften im Kapitel 11 ist der VA-Ansatz 1/11508 VA-Post 7303 mit den Kostenersatz an die Länder für Flüchtlingsbetreuung. Konkret handelt es sich um die Kostenersatz gemäß der mit 01.05.04 in Kraft getretenen Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern (BGBl. I Nr. 80/2004), gemäß der die Gesamtkosten zwischen Bund und Ländern grosso modo im Verhältnis von sechs zu vier geteilt werden (Art. 10 der Vereinbarung).

Kapitel 14: Klinischer Mehraufwand

Die Zahlungen des Kapitels 14 „Wissenschaft“ an Länder bestehen im Wesentlichen aus dem VA-Ansatz 1/14038 „Universitäten; Träger öffentlichen Rechts,“ VA-Post 7340/900 „Laufender klinischer Mehraufwand“

und dem VA-Ansatz 1/14048 „Klinikaufwendungen“, VA-Post 7353/400 „Klinischer Mehraufwand (Klinikbauten)“ sowie VA-Post 7480/423 „VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. (VAMED)“. Diese Zahlungen beruhen auf § 55 des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes, wonach der Bund u. a. die Mehrkosten, die sich bei der Errichtung, Ausgestaltung, Erweiterung und beim Betrieb der zugleich dem Unterricht an Medizinischen Universitäten dienenden öffentlichen Krankenanstalten aus den Bedürfnissen des Unterrichtes ergeben, ersetzt.

Kapitel 65: Schienenverbund

Die größte Position der Transfers im Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie bildet der VA-Ansatz 1/65204, bei dem der Bundesbeitrag für die Wiener U-Bahn gemäß dem Schienenverbundvertrag zwischen dem Bund und Wien veranschlagt wird.